

„Das Erbe der Menschheit“: Der International Tracing Service (ITS) 1942-2008

Dr. Jennifer L. Rodgers

Provost's Postdoctoral Fellow, University of South Florida, Department of History

„Dies ist ein Service für die Millionen unschuldiger Opfer von Krieg, Diktatur und Intoleranz und für ihre Familien. Wir dienen den Toten und den Lebenden, Männern und Frauen, Erwachsenen und Kindern, Juden und Nicht-Juden; wir dienen den Angehörigen aller Nationalitäten, den Deutschen, den Tschechen, den Niederländern, den Polen, wir dienen den Opfern der Konzentrationslager, ungeachtet dessen, ob sie Sozialdemokraten, Liberale, Kommunisten oder Zigeuner waren. Wir dienen - Punktum!“¹ Mit diesen Worten feierte Hugh Elbot, der amerikanische Direktor des International Tracing Service (ITS), die Einweihung des neuen Hauptgebäudes im August 1952. Von seinen Anfängen im Washington und London der Kriegszeit über die Ära des Kalten Kriegs bis hinein in die Gegenwart hat der ITS einem breiten Spektrum von Einzelpersonen, Regierungen und Institutionen humanitäre Hilfe und Informationen bereit gestellt.

Aufgrund der umfänglichen Bemühungen, der Allgemeinheit nach beinahe 30 Jahren den Zugang zum Archiv wieder zu ermöglichen, erfuhr der ITS vor kurzem viel Aufmerksamkeit in der medialen Berichterstattung. Die fortgesetzte Nicht-Zugänglichkeit des Archivs und das Bestreben des Roten Kreuzes, die Einrichtung außerhalb des Blickfeldes der Öffentlichkeit zu führen, haben die Geschichte der Organisation verdunkelt. Die (erneute) Öffnung des Archivs für die Allgemeinheit Ende 2007 hat Akademikern Gelegenheit zur Analyse der institutionellen Unterlagen des ITS und zur Ausweitung ihrer Studien auf begleitende Archivsammlungen in Nordamerika, Europa und Israel gegeben.² Wenngleich diese Studien erst am Anfang stehen, so zeigen sie doch die signifikante Auswirkung, die die erwähnte Kontrolle über die Einrichtung - „das Erbe der Menschheit“ wie sie 1980 bezeichnet wurde - auf die Politik, die Gesellschaft und die Kultur der Nachkriegszeit gehabt hat.³

Dieses Erbe war eine Antwort auf die sich immer weiter verschärfende, vom Zweiten Weltkrieg geschaffene Flüchtlingskrise in ganz Europa. Im Außenministerium der Vereinigten Staaten wurde bereits 1942 die Notwendigkeit einer Einrichtung diskutiert, die im Zuge des Krieges verschollene Einzelpersonen wieder finden und - wann immer möglich - mit ihren Angehörigen zusammenführen sollte. In Europa diskutierten zeitgleich etliche diskret agierende Organisationen, darunter die Britische Rot-Kreuz-Gesellschaft, die Nothilfe- und Wiederaufbauverwaltung der Vereinten Nationen (UNRRA) und das Zwischenstaatliche Komitee für Flüchtlinge, die Suche nach Vermissten und die Erleichterung der Kontaktaufnahme zwischen verschleppten Personen. Außerdem nahm das Oberste Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte (SHAEF) die Suche nach Vermissten in seine Pläne für die Nothilfe und den Wiederaufbau von Deutschland auf.

Die Militärbehörden berieten sich mit den vorerwähnten Gruppen und dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz in Genf über die Suche nach Vermissten und richteten im Frühjahr 1945 bei der SHAEF eine Abteilung ein, die sich eigens mit dem Suchen und Finden vermisster Personen befasste. Die Alliierten beauftragten diese mit dem Sammeln von Namenslisten aus Konzentrationslagern zwecks späterer Nutzung für Suchaktivitäten auf nationaler Ebene. Nach dem Ende der Kampfhandlungen wurde die Suchabteilung in vier Bereiche aufgeteilt, und die Militärregierungen, die zivile Suchbemühungen als nicht-militärische Aktivität erachteten, übertrugen die Verwaltung der Abteilung an das Zentrale Suchbüro der UNRRA unter einem Mandat, das die Suche und Sammlung von Dokumenten in sich vereinte. Im Jahr 1946 verlegten die Alliierten das Suchbüro aus der Nähe von

Frankfurt am Main in die hessische Kleinstadt Arolsen, weil diese ungefähr gleich weit von allen vier Besatzungszonen entfernt lag und über eine intakte Infrastruktur verfügte, die ausreichte, um der rasch expandierenden Einrichtung eine Unterkunft zu bieten.

Die UNRRA, wie viele Nothilfeorganisationen mit einem Interim-Mandat versehen, beendete ihre Tätigkeit wie geplant im Jahr 1947 zu einem Zeitpunkt, als gerade Vorwürfe über eine angeblich schlechte Verwaltung des Suchbüros aufkamen. Diese beiden Faktoren ließen die Fortführung der Aktivitäten des Büros zweifelhaft erscheinen. Die Alliierten anerkannten jedoch die Bedeutung der Einrichtung für die internationale Gemeinschaft und suchten daher nach einer anderen Institution, die die Aufsicht führen könnte. Letztlich erklärte sich die Internationale Flüchtlingsorganisation (IRO) als Nachfolgerin der UNRRA bereit, die Verantwortung zu übernehmen. 1948 zentralisierte die IRO die weit verzweigten lokalen, nationalen und internationalen Suchbemühungen und errichtete das Zentrale Suchbüro neu als International Tracing Service (ITS).

Die Neuorientierung und der Wechsel in der Verwaltung hatten eine signifikante Auswirkung auf das Mandat der Einrichtung. Sie erhielt eine neue effektive Zielsetzung, um umfassendere politische Ziele erfüllen zu können. Die sowjetische Beteiligung an den Aktivitäten wurde ein Ende gesetzt, da Moskau nicht willens gewesen war, die IRO politisch anzuerkennen. Dieser Umstand hatte eine Beteiligung des Roten Kreuzes am Zentralen Suchbüro zuvor schon unmöglich gemacht. Des Weiteren zog die Neuorientierung eine Dominanz Amerikas im Hinblick auf die politische Gestaltung und eine stärkere Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden zu einem kritischen Zeitpunkt während des Kalten Kriegs nach sich, wodurch die ohnehin zunehmenden Spannungen zwischen dem humanitären Mandat und der politischen Tagesordnung der westlichen Regierungen noch weiter verschärft wurden. Diese Faktoren prägten definitiv den Weg, den die Organisation in den folgenden Jahrzehnten nehmen sollte.

Als die IRO den ITS übernahm, erzielte sie mit den Westlichen Verbündeten eine Übereinkunft, der zufolge entweder die Tätigkeit eingestellt und ein Forschungsinstitut rund um das Archiv eingerichtet werden sollte oder aber die Aktivitäten einer Organisation von dauerhafterem Charakter überantwortet werden sollten. Unter dem starkem Druck der internationalen Gemeinschaft und der Opfergruppen zugunsten einer Fortführung der Aktivitäten sondierten die alliierten Militärregierungen und ihre Nachfolgerin, die Alliierte Hochkommission für Deutschland, etliche institutionelle Optionen, darunter das Rote Kreuz und den Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen.

Ende 1950 scheiterten diese Anfragen jedoch zum Teil an der insbesondere auf Seiten Washingtons gehegten Sorge, dass die Mandate der Neutralität und der weltweiten Dienstleistung von humanitären Nicht-Regierungs-Organisationen negative Auswirkungen auf Flüchtlinge aus Osteuropa haben könnten oder gar die Sowjetunion das Archiv selbst unter ihre Kontrolle bringen könnte. Außerdem könnte die Nutzung des Archivs durch amerikanische Organisationen für ihre Flüchtlingsprogramme beeinträchtigt werden, zu denen auch anti-sowjetische Propaganda gehörte.

Zwei weitere Faktoren beeinflussten letztlich die Entscheidung der Alliierten Hochkommission, den ITS selber zu leiten, bis über sein endgültiges Schicksal verfügt werden könnte. Erstens führten Kürzungen im amerikanischen Haushalt und ein Rückgang bei den direkten Suchanfragen 1949 zur Einstellung dieser Tätigkeit, auch wenn die Kindersuchaktivität bis 1951 fortgesetzt wurde. Zweitens hatten sich die Bescheinigung von Rechtsansprüchen und die Ausstellung von Sterbeurkunden für soziale Wohlfahrts- und Entschädigungsprogramme, welche die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung begünstigten, zur Primärfunktion der Einrichtung entwickelt. Aus diesem Grund zogen die westlichen Verbündeten schon 1947 eine mögliche Übernahme des ITSs durch Deutschland in Betracht. Von französischen und amerikanischen Regierungsvertretern dazu ermutigt, erbot sich die im Entstehen begriffene Bundesrepublik Deutschland, den ITS zu übernehmen

und entfachte damit intensive Verhandlungen über die endgültige Kontrolle über die Organisation und ihr Archiv.

Letztlich wurde keiner dieser Pläne verwirklicht. Im Februar 1955 zwangen verschiedene Kontroversen, die von öffentlich geäußertem Misstrauen gegenüber Deutschland über eine Übernahme der Aktivitäten durch den Europarat bis hin zur Nationalität des künftigen Direktors reichten, Westdeutschland zu dem Gesuch ans Rote Kreuz, die Verwaltung der Einrichtung zu übernehmen. Dieser Plan erlaubte es auch der Bundesrepublik, durch eine Garantie für das Weiterbestehen des ITS ihrer Kriegsschuld nachzukommen.

Dem Roten Kreuz gab er – so das israelische Außenministerium – ein Mittel an die Hand, um mit seiner „inneren Krise“ bezüglich seiner Zukunft und seiner Rolle „unter den heutigen Weltverhältnissen“ umgehen konnte. Zuvor geäußerte Bedenken angesichts des neutralen und weltweiten Mandates der Organisation wurden zerstreut, denn Genf sicherte Washington ein unbestrittenes Eigentumsrecht und den Zugang zum Archiv ebenso wie eine Fortsetzung der Politik des eingeschränkten Informationsaustauschs mit Moskau und seinen Verbündeten zu.⁴ Diese Lösung erwies sich für alle Parteien als annehmbar, und so wurde der ITS durch die Bonner Verträge am 5. Mai 1955 der Verwaltung des Roten Kreuzes überantwortet, unter der Aufsicht eines aus acht Nationen bestehenden Internationalen Ausschusses.

Aufgrund der lange Zeit vorherrschenden Sicht, dass es sich beim ITS um ein Relikt der Wiederaufbauanstrengungen der unmittelbaren Nachkriegszeit und somit um eine Interim-Organisation handle, sahen die Bonner Verträge alle fünf Jahre eine Überprüfung der Aktivitäten und die Klärung des endgültigen Schicksals der Einrichtung vor. 1960 kamen die Regierungen des Internationalen Ausschusses, unter ihnen das Neumitglied Griechenland, überein, die Bonner Verträge ohne Änderung oder Ergänzung zu verlängern, da die Notwendigkeit eines Zugangs zum Archiv für westdeutsche Entschädigungsprogramme weiter bestand. Zu diesem Zeitpunkt prognostizierte der Internationale Ausschuss das Ende der Aktivitäten der Einrichtung für das Jahr 1968, ein Datum, bei dem die westdeutschen Prognosen für die letzten Zahlungen nach den multilateralen Vereinbarungen zur Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus mitberücksichtigt wurden.

Die Ratifizierung internationaler Entschädigungsgesetze führte zu einem deutlichen Wandel in der Tätigkeit des ITS nach 1960. Bescheinigungen für Entschädigungen stellten weiterhin die Hauptaufgabe dar, dennoch übernahm der ITS angesichts der sich verändernden politischen, kulturellen und sozialen Landschaft Europa auch neue Aufgaben. Der Dokumentenerwerb und Informationsaustausch setzten sich fort und ergaben sich sogar mit osteuropäischen Ländern, insbesondere mit Polen. Die Einrichtung begann jedoch auch, Dokumente für laufende Gerichtsverfahren gegen Täter und in Kriegsverbrechen des Naziregimes verwickelte Kollaborateure bereit zu stellen, so auch für die Ermittlungen gegen den westdeutschen Bundespräsidenten Heinrich Lübke im Jahr 1968.⁵

Gegen Ende der 60er Jahre rechtfertigten die breit gefächerten Tätigkeiten der Organisation die Fortdauer ihrer Existenz. 1965 gelang es dem Internationalen Ausschuss und Genf jedoch nicht, einen Konsens über die Verlängerung der Bonner Verträge zu erzielen, weil sie wegen des Antrags Jugoslawiens auf Aufnahme in den Ausschuss und wegen der voraussichtlichen Beendigung der Entschädigungszahlungen, die etwa für das Jahr 1968 vorgesehen war, uneins waren. Nach dreijähriger Tätigkeit des ITS ohne rechtlichen Rahmen nahmen das Rote Kreuz und die Regierungen des Internationalen Ausschusses 1968 eine Ergänzung zu den Originalverträgen an, mittels derer die Verwaltung des ITS durch das Rote Kreuz auf unbestimmte Zeit verlängert wurde. Außerdem vereinbarten sie, dass keine weiteren Länder dem Ausschuss beitreten sollten, trotz der sich allmählich entspannenden Beziehungen zwischen Ost und West.

Der ITS setzte die ihm per Mandat überantworteten Aktivitäten des Sammelns von Dokumenten und der humanitären Hilfe – die Beantwortung von individuellen Anfragen und Entschädigungsersuchen – unter seinem neuen Direktor Albert de Cocatrix in den 70er

Jahren fort. Er erweiterte auch den Zugang zum Archiv für Historiker und die historische Forschung. Der sich weltweit vollziehende Wandel bei der Datenschutzgesetzgebung, interne finanzielle Schwierigkeiten und ein stetig anwachsender Rückstau bei den Anfragen führten in den 70er und 80er Jahren jedoch zu einer Neubewertung des Mandats der Einrichtung und sogar zu einer Infragestellung der Daseinsberechtigung.⁶ De Cocatrix' Nachfolger Philipp Züger und Mitglieder des Internationalen Ausschusses interpretierten die Bonner Verträge daher neu und entschieden, die humanitären Aktivitäten – wie 1955 definiert – fortzuführen. Historische Anfragen sollten jedoch nur in Einzelfällen zugelassen werden, da sich der ITS zunehmend unter „moralischem und politischen Druck“ sah, diese Arbeit zu übernehmen.⁷

Die orthodoxe Auslegung der *raison d'être* des ITS und die Datenschutzgesetze sorgten in den 80er Jahren dafür, dass sich eine Aura der Verschwiegenheit um die Einrichtung bildete. Der ITS setzte zwar seine Aktivitäten fort, doch die frühere Zugänglichkeit und die relative Transparenz der Aktivitäten waren dahin. Diese Umstände schreckten die internationale Gemeinschaft auf. Da die Bedeutung des Holocausts im Bewusstsein der Menschen zunahm und auch ein stärkeres Bedürfnis nach entsprechenden Informationen bestand, nahmen etliche Nicht-Regierungs-Organisationen, wie zum Beispiel die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Claims Conference Einfluss auf das Rote Kreuz, um eine erneute Öffnung des Archivs zu erreichen. Diese Appelle stießen jedoch auf taube Ohren. Das Ende des Kalten Krieges, eine penible Prüfung der Entschädigungs- und Wiedergutmachungsprogramme und die stetig weiter abnehmende Zahl von Holocaust-Überlebenden gaben den Anstoß zu einer energischer geführten Debatte über den Status des ITS in den 90er Jahren.

Im letzten Jahrzehnt haben die Debatte in Deutschland um das Berliner Denkmal für die ermordeten Juden Europas und diplomatische Anstrengungen unter Federführung des US Holocaust Memorial Museum die mediale Aufmerksamkeit der Medien erneut auf den ITS und die Nicht-Zugänglichkeit seiner Sammlungen gelenkt. Dank internationaler Bemühungen gelang es 2007, den Zugang zum Archiv wiederherzustellen. Mit dem Rückzug des Roten Kreuz von seiner langjährigen Verwaltung des International Tracing Service (ITS) in 2012 wird deutlich, dass die Einrichtung nun endlich die ursprünglich von den westlichen Verbündeten und Westdeutschland ins Auge gefassten Pläne zur Entwicklung eines Forschungsinstituts von internationaler Reputation zu verwirklichen beginnt.

¹(ITS digitales Archiv, Alliierte, Ordner 52, Dok.Nr. 82507500, 20. August 1952 Elbotts Rede beim Richtfest für das neue Hauptgebäude des ITS).

² See Jean Marc Dreyfus, "À Bad Arolsen dans le forêt des archives nazies," *La Vie des Idées*, (2008): http://www.laviedesidees.fr/IMG/pdf/20080911_badarolsen.pdf; and Bernd Joachim Zimmer, *International Tracing Service: Von der Vermisstensuche zur Haftbescheinigung, Die Organisation eines «ungewollten Kindes» während der Besatzungszeit*, (Bad Arolsen: Waldeckischer Geschichtsverein, 2011.). Zusätzlich in Arbeit ist eine Veröffentlichung von Dreyfus über Französische Diplomaten und den ITS. Die Autorin dieses Artikels hat eine Dissertation verfasst, die untersucht, wie westliche Regierungen – Washington, Bonn, Paris, London und Jerusalem – und das Rote Kreuz den ITS benutzten, um ihre politische Agenda der Nachkriegszeit zu fördern und zu legitimieren.

³ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA-AA), B85/ 1552, 2. April 1980 Minutes of the meeting of the International Commission of the ITS.

⁴ National Archives and Records Administration, RG 466 HICOG Bonn Classified General Records, 1953-1955, Box 233 Folder 572.1 Red Cross – International Tracing Service 1953-1955, 4. Februar 1955 vertraulich von Dowling an Dulles betreffend eine mögliche Übernahme des ITS durch das Rote Kreuz.

⁵ Bundesarchiv Koblenz (BAK), NL Lübke, siehe die Korrespondenz von Juni 1965 und März 1966 bezüglich der Untersuchung von Dokumenten aus dem Konzentrationslager

Buchenwald, um das Wissen und eine mögliche Mitschuld des deutschen Bundespräsidenten Heinrich Lübke zu ermitteln.

⁶ PA-AA, B85/ 1551, 8. Februar 1978 Bericht des westdeutschen Repräsentanten bei den Internationalen Organisationen in Genf, Rudolf Jaestadt, an das Auswärtige Amt und Botschaften in Moskau, Warschau and Prag.

⁷ PA-AA, B85/ 1644, 8. Mai 1981 Minutes of the meeting of the International Commission for the ITS, Kommentare des ITS Direktors Philipp Züger.